

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Eine Chance für Kohärenz, MillenniumEntwicklungsziele

und Nichtregierungsorganisationen? VON CHRISTA RANDZIO-PLATH

Die deutsche Doppelpräsidentschaft: Erwartungen und Chancen

Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Damit richten sich große Erwartungen an die Bundesrepublik, die durch ihre gleichzeitige G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gleich zweimal im Mittelpunkt internationaler Politik steht. Die Doppelpräsidentschaft bietet die Chance, dass die Millennium-Entwicklungsziele, eine bessere Entwicklungsfinanzierung und vor allem die Armutsbekämpfung und der Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer nicht nur das Gipfeltreffen in Heiligendamm prägen, sondern auch wesentlich stärker als bisher die EU-Politik bestimmen. Schließlich bringt die EU mit ihren Mitgliedsstaaten über 50 Prozent der weltweiten öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf und ist damit weltweit der größte Geber. Gleichzeitig ist sie der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer.

Eine EU-Ratspräsidentschaft ist mehr als ein Fototermin. Deutschland wird allen Sitzungen in der Union präsidieren und damit Einfluss auf das Programm, Schwerpunkte und Initiativen der ersten sechs Monate haben. Die Bundesregierung sollte diese Möglichkeiten nutzen, um zu besserer, effizienterer, aber auch kohärenter Entwicklungspolitik beizutragen.

Dazu muss eine Präsidentschaft vor allem zwischen den Mitgliedern vermitteln. Im Alleingang lassen sich keine Fortschritte erzielen.

Nachholbedarf in Sachen Kohärenz

Von zentraler Bedeutung für die künftige EU-Entwicklungspolitik bleibt auch nach dem Ende der finnischen EU-Ratspräsidentschaft die Durchsetzung entwicklungspolitischer Kohärenz. Der EU-Politik zur Entwicklungszusammenarbeit fehlt es an Glaubwürdigkeit, wenn die Kohärenz der EU-Politikfelder nicht hergestellt wird. Was nützt mehr Entwicklungshilfe, wenn die eigene landwirtschaftliche Produktion durch die EU-Subventionspolitik für europäische Agrarprodukte konterkariert wird? Artikel 178 des Vertrages über die Europäische Union regelt ausdrücklich, dass die Entwicklungszusammenarbeit anderen Politikbereichen nicht untergeordnet werden darf. Die Gemeinsame Erklärung der EU-Institutionen („Der Europäische Konsensus“) lässt viele EU-Politiken außen vor, die den Entwicklungsländern schaden, wie zum Beispiel die Handelspolitik sowie die Landwirtschafts- und Fischereipolitik. Auch die neue EU-Afrika-Strategie enthält nicht mehr als erste Ansätze in Sachen Politikkohärenz.

Deswegen bleibt die Umsetzung des

entwicklungspolitischen Kohärenzgebots die zentrale Forderung europäischer und afrikanischer Nichtregierungsorganisationen. Auch das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive - Europas Politik“ ist auf dieses Ziel fokussiert und wird durch Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und zahlreiche Veranstaltungen auf die Durchsetzung dieser Forderung drängen. Gemeinsam mit afrikanischen Partnerorganisationen haben VENRO-Mitglieder ein „Manifest“ mit ihren Forderungen an die EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet. Darin rufen sie dazu auf, dass die Handelspolitik - insbesondere die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) im Rahmen des Cotonou-Abkommens-, die Sicherheitspolitik, die Energie- und Klimapolitik, die Politik gegen HIV/Aids und die Gender-Politik im Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen gestaltet werden. Aus afrikanischer Perspektive lassen besonders die WPA zwischen der EU und den AKP-Staaten klare Signale für einen entwicklungspolitischen Vorrang vermissen. So gibt es beispielsweise keinen Automatismus zwischen Wirtschaftswachstum und Marktöffnung und Wohlstandssteigerung für alle. Daher muss sobald wie möglich Einigkeit darüber erzielt werden, dass die Entwicklungsorientierung das Leitprinzip der WPA-Verhandlungen ist, und dass die Entwicklungsländer umfassend, gleichberechtigt und transparent in die Verhandlungen einbezogen werden. Nur unter diesen Voraussetzungen können die WPA zu Entwicklungsinstrumenten werden. Und dies ist

umso wichtiger, weil nach dem Scheitern der Doha-Welthandelsrunde viele Versprechen gegenüber den Entwicklungsländern uneingelöst geblieben sind, so dass es seitens der EU kompensatorischer Maßnahmen bedarf. Und die Zeit drängt: Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden die WPA endgültig ausgehandelt.

Nachhaltiges Wachstum ist wichtig für den Weg Afrikas aus der Armut und für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele. Aber auch die neue EU-Initiative „Aid for Trade“ kann nur hilfreich sein, wenn sie zur Verbesserung der ökonomischen Kapazitäten in Afrika beiträgt, in Humanressourcen investiert und zur Produktivitätssteigerung beiträgt. Das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft bringt nach intensivem partizipativen Dialog auf dem Manifest-Workshop die afrikanische Sichtweise in die aktuelle EU-Entwicklungspolitik ein und macht die Forderung nach Kohärenz aller EU-Politikfelder zum Herzstück der NRO-Forderungen an die deutsche EURatspräsidentschaft.

Klimaverbesserung zwischen EU und NRO - Voraussetzung für eine erfolgreiche

Entwicklungszusammenarbeit

Die Nichtregierungsorganisationen erwarten außerdem, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die problematische Grundhaltung der EU gegenüber der Zivilgesellschaft aufbricht, die sich in einer entwürdigenden Einstellung der EU-

Kommission zu den NRO äußert. Einen geeigneten Rahmen hierfür bietet das Treffen des informellen EU-Entwicklungsministerrats auf dem Petersberg bei Bonn im März 2007. Augenblicklich drängt sich der Eindruck auf, dass die EU nur die NRO unterstützen will, die sich gegenüber der EU-Entwicklungspolitik stromlinienförmig verhalten und diese nicht offen kritisieren. Das kann sich besonders negativ auf den Aufbau der Zivilgesellschaft auswirken, zum Beispiel in Afrika. Darüber hinaus sind Anträge auf Kofinanzierung durch die EU immer komplizierter, bürokratischer und formalisierter geworden. Damit werden kleinere NRO mit geringen personellen Kapazitäten praktisch von der Antragstellung ausgeschlossen. Die Arbeit der NRO wird zudem dadurch erschwert, dass der Mittelzufluss durch die EU mit erheblicher Verzögerung erfolgt.

Anknüpfungspunkte für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen EU und NRO bestehen: Das Europäische Parlament hat in seiner EntschlieÙung die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft als Dienstleistungsanbieter und Förderer von Demokratie und Menschenrechten anerkannt und die Verbesserung der Projektunterstützung für NRO gefordert. Daraufhin wurde in einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen zum Dokument „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ (2006/46201) die wichtige Rolle der europäischen Zivilgesellschaft betont. Dieser Würdigung müssen nun konkrete Schritte folgen.

MDGs und Geschlechtergerechtigkeit

in den Fokus rücken

Politische Chancen verspricht die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch für die verstärkte Fokussierung der EU-Entwicklungspolitik auf die Millennium-Entwicklungsziele, vor allem die Armutsbekämpfung, die Ressourcensicherheit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Dabei spielt auch die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit durch die Instrumente der Frauenförderung und des Gender-Mainstreamings eine entscheidende Rolle. Denn durch die Vernachlässigung der Geschlechterdimension in der Entwicklungszusammenarbeit bleiben wesentliche Teile des Entwicklungspotenzials ungenutzt.

Die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ setzt zu Recht auf die Gleichzeitigkeit der deutschen „Präsidentschaft“ bei EU und G8. Die Ergebnisse der Armutsbekämpfung müssen sichtbar werden genauso wie ein solides Finanzierungskonzept von EU und G8 für die Erreichung des 0,7- Prozent-Ziels. Die Glaubwürdigkeit des EU-Handelns steht auf dem Prüfstand.

F A Z I T

Die deutsche Doppelpräsidentschaft von EU und G8 bietet der Bundesregierung die Chance, entscheidende Schritte hin zu besserer und effizienterer Entwicklungspolitik einzuleiten. Zentrale Forderung europäischer und afrikanischer Nichtregierungsorganisationen an

die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist die
Umsetzung des entwicklungspolitischen
Kohärenzgebots der EU. Aus afrikanischer
Sicht spielt eine partnerschaftliche
Entwicklungsorientierung vor allem bei den
bevorstehenden Abschlüssen der
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eine
entscheidende Rolle. NRO erwarten außerdem
Impulse zur Verbesserung der problematischen
Grundhaltung der EU zu zivilgesellschaftlichen

Organisationen.



ÜBER DIE AUTORIN:

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath ist stellvertretende
VENRO-Vorsitzende, Vorsitzende des Marie-Schlei-
Vereins und ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament.
randzio-plath@gmx.de